



Antragsmappe

2.Schüler:innenparlament



LSV WIEN
Landesschüler:innenvertretung

Stoppt die Zensur!

Antrag von: Anselm Ginthör Weinwurm, Wenzgasse
 Alisa Gradiscevic, Erlgasse
 Remco Spauwen, Astgasse
 Elisa Herget, Wasagasse

Das Wiener Schüler:innenparlament ist der Ort an dem wir Schüler:innen die Probleme in unserem Schulsystem benennen und Lösungsvorschläge einbringen können. Dies geschieht auf einem demokratischen Weg, an dem alle Schüler:innenvertreter:innen Wiens teilnehmen können. Jedoch gibt es ein großes Problem:

Die Geschäftsordnung des Wiener Schüler:innenparlaments zensiert.

Gerade in einem demokratischen Gremium ist es wichtig alle Meinungen klar und deutlich äußern zu können ohne Einschränkungen, die dies vermeiden wollen.

Paragraph 12 der SIP-GO sagt aber: „Während der gesamten Sitzung dürfen keine politischen Organisationen oder Schüler:innenorganisationen namentlich genannt werden.“ Dadurch wird gezielt versucht Meinungsäußerungen einzuschränken und eine politische, demokratische und ehrliche Debatte verhindert.

Wir stehen für ein ehrliches, demokratisches und transparentes SIP!

Forderungen:

- Daher fordern wir die Streichung von §12 aus der Geschäftsordnung des Wiener Schüler:innenparlaments.

1. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Alisa Gradascevic, BGRG Erlgasse
Ivan Ivanov, Theresianum
Boris Andreev, Theresianum
Hannah Concin, Theresianum
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert:innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald.

Unsere Verantwortung als Schüler:innenvertreter:innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun. Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert:innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.

1. Echter Klimaschutz in der Schule

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler:innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir Das österreichweite begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht fordern aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede:r Schüler:in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann. Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.

Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die Schüler:innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler:innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung. Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler:innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.

2.EU(ropa) greifbar machen

Antrag von: Laura Grebner, AHS Komenský

Viele junge Menschen erleben die EU als etwas Fernes und Komplexes, da sie oft nur theoretisch im Unterricht vorkommt. Durch eine stärkere Verankerung europäischer Themen im Schulalltag kann dieses Bild verändert werden. Mithilfe der Schaffung des Unterrichtsprinzips „Europapolitische Bildung“ soll die Europäische Union für Schüler:innen verständlicher und greifbarer gemacht werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf interkulturellem Austausch und gemeinsamen Erfahrungen. Reisen, Austauschprogramme, Exkursionen und Projekttag ermöglichen es Schüler:innen, andere Länder, Kulturen und Lebensweisen kennenzulernen und Europa direkt zu erleben. Dadurch werden nicht nur Wissen und Verständnis gefördert, sondern auch Offenheit, Toleranz und das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit gestärkt. So lernen Schüler:innen Europa nicht nur aus dem Schulbuch kennen, sondern können es selbst erleben.

Forderungen:

- Absolvierung einer verpflichtenden Reise nach Brüssel, Straßburg oder zu einem anderen Sitz einer EU-Institution in der Sekundarstufe II
- Teilnahme an EU-Projekttagen (Planspiele, Podiumsdiskussionen, Workshops etc. zu EU-Themen) aller Schüler:innen in der Sekundarstufe II
- Informationen und Abläufe über das European Youth Parliament
- Einführung eines Tags der europäischen Werte an allen österreichischen Schulen
- Erweiterung der Lerninhalte um eine europäische Perspektive zur Stärkung eines europäischen Bewusstseins

3. Wenn Sport, dann richtig!

Antrag von: Gregor Unger, Bhakwien11

Die Schule ist anstrengend, das ist auch der Politik bewusst (gewesen). Vor Jahren wurde eine Maßnahme dagegen getroffen, doch diese war unerwartet, denn es wurde beschlossen, die Anzahl der Sportstunden zu kürzen. Im Lehrplan für Handelsakademien steht, dass im 4. und 5. Jahrgang 1 Wochenstunde dafür vorgesehen ist, was einfach überflüssig ist. Die Lehrkraft kommt zu spät, alle müssen sich noch umziehen und dann ist die Hälfte der Stunde sowieso schon vorbei. Der Rest wird zumeist mit kurzem Spielen oder Laufen überbrückt, was keinen Effekt auf die Gesundheit der Kinder hat, und das muss geändert werden muss! Darum fordere ich, dass der Sportunterricht wieder auf mindestens 2 Wochenstunden erhöht wird, damit er eine tatsächliche Wirkung hat, oder ganz abgeschafft wird, wodurch die Schüler wirklich entlastet werden würden.

Forderungen:

- Erhöhung der Anzahl der Wochenstunden des Unterrichtsfachs Bewegung und Sport für Handelsakademien in den 4. und 5. Jahrgängen auf 2 Wochenstunden.
- Abschaffung des Unterrichtsfachs Bewegung und Sport für die 4. und 5. Jahrgänge der Handelsakademien, sofern eine Erhöhung auf 2 Wochenstunden nicht möglich ist.
- Bereitstellung von Informationsmaterialien, wie und wo man sich außerschulisch sportlich betätigen kann, besonders in Sportvereinen.
- Motivationshilfen für das Ausüben von Sport im Privatleben schaffen.

4. Lebensraum Schule gesucht: Nutzung der Schulräumlichkeiten nach Unterrichtsende

Antrag von: Sara Timmerman, KMD Herbststrasse

Egal ob zur Zeitüberbrückung, zum Lernen oder einfach, um einen Raum zu haben, an dem man sich unkompliziert und zwanglos aufhalten kann: Schüler:innen brauchen einen Ort, an dem sie sich außerhalb der regulären Unterrichtszeit, wie beispielsweise auch Freistunden aufhalten können.

Besonders Schüler:innen in der Sekundarstufe II müssen häufig viel für die Schule lernen oder Aufgaben erledigen: Leider herrscht oft das Problem, dass es in Aufenthaltsräumen nicht genügend Platz gibt. Ganz zu schweigen von dem Fakt, dass ein vollgepackter, lauter Aufenthaltsraum nicht die Atmosphäre bietet, die man dafür braucht!

Die Nutzung von Klassenräumen außerhalb Ihrer Unterrichtszeit könnte dieses Problem lösen - während das an manchen Schulen schon teilweise gemacht wird, werden die Klassen häufig einfach zugesperrt, und Schüler:innen müssen sich einen anderen Ort suchen.

Schüler:innen der Sekundarstufe II sollten die Möglichkeit haben, außerhalb ihrer eigenen Schulstunden in einer Klasse ihre Zeit zu verbringen, insofern keine andere Klasse sich darin befindet: Je nach Möglichkeit und Zweck sollten auch andere Räumlichkeiten sollten genutzt werden dürfen.

Forderungen:

- Nutzungsmöglichkeit von Klassenräumen für Schüler:innen der Sekundarstufe II auch außerhalb der Unterrichtszeiten
- Nutzung sonstiger Räumlichkeiten (etwa Turnsäle, Schulküchen) je nach Verfügbarkeit in Absprache mit der Schulleitung

5. Eine Schule, ein Ziel: Gerechtigkeit und individuelle Förderung für alle Kinder

Antrag von: Jacob Gubernier, AHS Geblergasse

Das aktuelle Schulsystem in Österreich trennt Kinder nach der vierten Volksschulklasse in Hauptschule/Mittelschule und Gymnasium. Diese frühzeitige Einschätzung führt zu sozialer Segregation, ungleichen Bildungschancen und hohem Druck auf Kinder und Familien. Oft bestimmt diese Entscheidung den gesamten Bildungsweg: Wer nicht ins Gymnasium wechselt, hat deutlich geringere Chancen, die Matura zu absolvieren, was später die Berufsaussichten erheblich einschränkt.

Besonders betroffen sind Kinder aus nicht privilegierten Haushalten. Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, einem niedrigeren Bildungsniveau im Elternhaus oder aus finanziell schwächeren Familien haben oft weniger Möglichkeiten, in das Gymnasium zu wechseln. Unbewusste Vorurteile und Sympathieunterschiede von Lehrkräften verschärfen diese Ungleichheiten. Dadurch werden Talente nicht gefördert, und die bestehende soziale Ungleichheit wird zementiert.

Ein Bildungssystem, das Chancenungleichheiten verstärkt, anstatt sie abzubauen, ist nicht zukunftsfähig. Die frühzeitige Trennung schafft dauerhafte Benachteiligungen und behindert die gesellschaftliche Durchlässigkeit. Eine grundlegende Reform ist notwendig, um jedem Kind, unabhängig von Herkunft oder finanziellen Mitteln, gerechte Zukunftsaussichten zu ermöglichen.

Unsere Vision: Die Gesamtschule mit individueller Förderung

Wir fordern die Einführung einer Gesamtschule für die Primarstufe und die Sekundarstufe 1, in der alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Herkunft gemeinsam unterrichtet werden. Gleichzeitig sollen die individuellen Stärken der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Einführung der Gesamtschule
- Einführung von Förderunterricht: In jedem Fach sollen flexible Förder- und Erweiterungsangebote eingeführt werden. Kinder, die in bestimmten Fächern besonders stark sind, werden in diesen Fächern in leistungsdifferenzierten Gruppen oder Modulen gefördert.
- Kinder, die in bestimmten Unterrichtsfächerung bzw. Lernkompetenzen Unterstützung benötigen, erhalten gezielte Förderprogramme. Ein breites Angebot an Wahlfächern und Projekten (z. B. Musik, Kunst, Technik, Sport) ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihre Interessen und Talente zu entdecken und weiterzuentwickeln.

6. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
David Studeny, Brgg8 Albertgasse
Boris Andreev, Theresianum

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundensplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert. Desweiteren soll langfristig das System der Modularen Oberstufe, welches es bereits an Schulversuch in einigen Wiener AHSen gibt, als eine Möglichkeit für mehr Selbstbestimmung für Schüler:innen gelten.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

6. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden
- Die LSV und die BSV sollen sich für eine Ausweitung des Schulversuches Modulare Oberstufe (MOST) einsetzen.

7. Mehrere Lernmethoden anstatt nur eine Lernmethode

Antrag von: Marianna Pospelova, HTL Rennweg

Wir kennen alle die Lehrer, deren einzige Lernmethode ein Vortrag vorne an der Tafel ist.

Hoffentlich können wir uns alle darauf einigen, dass so etwas nicht mehr zeitgemäß ist. Studien zeigen, dass der Lernerfolg viel leichter erreicht wird, sobald man auf unterschiedliche Methoden lernt. Um genau diesen Effekt in der Schule einzubauen, sollte im Lehramtsstudium besser auf diverse Unterrichtsmethoden eingegangen werden, um Lehrerinnen und Lehrern einen Einblick in breit gefächerte Möglichkeiten zu geben. Somit haben es angehende Lehrerinnen & Lehrer leichter, anschließend die verschiedensten Methoden in ihrem Unterricht zu verwenden. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler, was sich positiv auf ihren Lernerfolg auswirkt.

Deshalb fordert dieser Antrag: Weg vom Frontalunterricht, hin zu diversen, differenzierten und ausgeglichenen Lernmethoden!

Forderungen:

- Die LSV spricht sich für einen Ausbau der Unterrichtsmethoden im Lehramtsstudium, als Alternative zum Frontalunterricht aus
- Verpflichtende Fortbildungen für ausgebildete Lehrkräfte zum Thema „alternative Lernmethoden“
- Schulleitungen sollen sicherstellen, dass folgende Lernmethoden an ihren Schulen aktiv umgesetzt werden:
- Projekt- und Gruppenarbeiten, um die soziale Kompetenz und das Arbeiten im Team zu stärken
- Lernen mit digitale Geräten & KI, um die Medienkompetenz der Schüler:innen zu stärken
- Veranstaltung von schulinternen und Teilnahme an schulexternen Wettbewerben, um den Spaß und Ehrgeiz beim Lernen zu steigern.
- Aktive Verwendung von Fremdsprachen, um Sprachkompetenz von Schüler:innen zu stärken
- Die Balance der visuellen, auditiven, haptisch-motorischen sowie kommunikativen Lerntypen im Unterricht

8. Inklusion – ein Muss an jeder Schule

Antrag von: Mika Moser (AHS Maculangasse)
Jacob Guberner (AHS Geblergasse)

Dieser Antrag soll auf eine Personengruppe aufmerksam machen, die an Schulen noch immer übersehen wird: Menschen mit Behinderung, die dem vorgegebenen Lehrplan nicht folgen können. Stattdessen müssen sie ihre Schulpflicht meist ohne Abschluss beenden. Dies führt zu einem frühen und nahezu vollständigen Ausschluss aus unserer Gesellschaft.

Um Menschen mit Behinderung in den Schulalltag einzubeziehen, braucht es das System der Kleingruppe. Diese Kleingruppe wird in vielen Fächern in den regulären Unterricht integriert, während sie in anderen von einer eigenen Lehrperson separat unterrichtet wird. So bleibt die Kleingruppe ein Teil der Klasse, ohne dass der Standardlehrplan angepasst werden muss.

Es ist an der Zeit, dass wir an Schulen spezialisiertes Personal, Barrierefreiheit und zugängliche Lehrpläne umsetzen. Jede Person hat ein Recht auf Bildung und einen Platz in unserer Gesellschaft. Es liegt in unserer Verantwortung, diesen Anspruch zu verwirklichen und für echte Inklusion zu sorgen.

Forderungen:

- Attraktivität des Berufs der Sozialpädagog_innen erhöhen
- Schulungen für Lehrpersonal, um Sensibilität und Kompetenz zu stärken
- Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für den Umbau bestehender Schulen und den Bau neuer, barrierefreier Einrichtungen
- Das System der Kleingruppe einführen

9. Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse
Alemina DZELILI, IBC Hetzendorf

Jeder hat das sicher schon einmal in der Schule erlebt: Lehrkräfte oder Schulleitungen tun etwas, das sie eigentlich nicht dürfen beziehungsweise was nicht in ihren Kompetenzbereich fällt. Dazu gehören unfaire Benotungen, eine nicht korrekte Durchführung von Schulsprecherwahlen oder auch, dass der SGA an manchen Schulen in Bereichen übergangen wird, für die er zuständig ist. An manchen Schulen kommt es sogar vor, dass Schüler:innen für Schulbücher bezahlen müssen, seitens der Lehrpersonen, obwohl dies laut Schulunterrichtsgesetz nicht vorgesehen beziehungsweise verboten ist. Vereinzelt das Kopftücher von Schülerinnen über 14 Jahren teils anstandslos und würdelos nach Schummelmöglichkeiten durchsucht. Diese Einzelfälle sind Bestandteil von immer wieder stattfindenden Kompetenzüberschreitungen von Lehrkräften

Hinzu kommt, dass wir Schüler:innen oft nicht selbst unsere Rechte verteidigen können, weil uns entsprechende Inhalte nicht vermittelt werden – teilweise auch deshalb, weil Lehrkräfte selbst nicht ausreichend darüber Bescheid wissen und es auch nicht Teil des Lehrplans ist. Was uns Schülerinnen aber ideal für die Zukunft vorbereiten würde.

Zusätzlich tragen auch Lehrkräfte, die Schulleitung und das Schulpersonal zu einer angstfreien Schule bei. Es reicht nicht aus, lediglich für Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren, sondern man muss ihnen auch deutlich machen, was sie rechtlich dürfen und was nicht, um Überschreitungen und unsensibles Verhalten zu verhindern. Nur so kann Rassismus und Diskriminierung langfristig aus dem Schulgebäude verschwinden.

Auch wir Schüler:innen können uns nicht verhalten, wie wir wollen, sondern haben laut Gesetz Rechte und Pflichten, die wir wahrnehmen müssen und nicht überschreiten dürfen. Das gilt für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal ebenso. Daher sind Schulungen für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal notwendig, in denen sie verstärkt auf ihre Rechte, aber auch auf ihre Pflichten gemäß Schulunterrichtsgesetz und Schulorganisationsgesetz sensibilisiert werden.

So können Überschreitungen verhindert, das Schulklima verbessert und in weiterer Folge auch uns Schüler:innen klar und verständlich vermittelt werden, welche Rechte und Pflichten wir haben. Denn eine angstfreie Schule kann nur gemeinsam durch ein Gleichgewicht zwischen Schülerinnen gelingen!

9. Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen

Forderungen:

- Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen
- Rechts Aufklärung für Schülerinnen als Bestandteil des Unterrichts der Sekundarstufe zwei

10. Verpflichtete Besuche zu Holocaust-Gedenkstätten

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse

Du gehst wie jeden Tag zur Schule. Auf dem Weg in die Klasse entdeckst du es eine Hakenkreuz Schmiererei. Am Nachmittag rufen irgendwelche Unterstufen-Schüler:innen „Ausländer Raus! Ausländer Raus!“, weil sie es irgendwie auf Social Media gehört haben. Das ist nur ein Symptom, nicht die Krankheit. Die Krankheit ist, dass unsere Gesellschaft verlernt hat, wie man sensibel mit dem Thema Holocaust umgeht. Der Einsatz am Peršmanhof diesen Sommer hat die Frage aufgeworfen, ob der Staat wirklich so mit Gedenkstätten umgehen soll. Wollen wir das? Jedes gesellschaftliche Problem trifft die Schule zuerst.

Wir Schülern wollen nicht, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Um diese Krankheit zu bekämpfen, fordern wir konkret, dass Schulen in einem Jahrgang Reisen und Besuche zu KZ-Gedenkstätten, Holocaust Mahnmale und vergleichbaren Orten organisieren. Es ist notwendig Schulen dazu zu verpflichten, da die Organisation einer solchen Reise von der Motivation gewisser Lehrkräfte abhängt. In der Steiermark plant die Landesregierung mit dem zuständigen Landesrat Stefan Hermann, Schulen zur Organisation von Ski-Kursen zu verpflichten. Diese Auffassung von „Verpflichtung“, sollte ebenso für den Besuch von Holocaust-Gedenkstätten gelten. Was ist wichtiger – ein Ski-Kurs oder das Gedenken an zick Millionen Opfer des Nationalsozialismus? Diese existierende Kluft, soll mit der Umsetzung dieses Antrags ausgeglichen werden.

Forderungen:

- Schulen zu verpflichten für einem Jahrgang reisen zu Holocaust-Gedenkstätten organisieren.

11. Softskills im Unterricht

Antrag von: Marvin Sharma, BORG 1 Hegelgasse 12

Wann gelingt es mir, Lehrkräfte und Mitschüler von meinen Anliegen zu überzeugen oder zu zeigen, dass ich eine gute Note verdient habe? Meistens ist das bei Referaten der Fall. Die Schule vermittelt einem jedoch kaum das nötige Wissen, um zu verstehen, wie überzeugendes Auftreten funktioniert.

Durch mein ehrenamtliches Engagement weiß ich, dass dabei Fähigkeiten wie Rhetorik, Gestik und Mimik eine zentrale Rolle spielen. Dieses Wissen sollte jedoch nicht nur Einzelnen zugänglich sein, sondern für alle Schülerinnen und Schüler. Denn die Fähigkeit, vor anderen zu sprechen, Inhalte verständlich zu präsentieren und mit einer kompetenten Haltung und Körpersprache zu reden, ist eine Schlüsselkompetenz. Sowohl für die Schule als auch für das spätere Berufsleben.

Gerade deshalb ist es wichtig, diese Kompetenzen systematisch und praxisnah in der Schule zu vermitteln und nicht dem Zufall oder privatem Engagement zu überlassen.

Forderungen:

- Verpflichtende Einführung einer unverbindlichen Übung für Rhetorik und Selfmarketing
- praxisbezogene Inhalte in dieser Übung wie zB Simulation eines Bewerbungsgespräch

12. Setzen wir dem Tabu ein Ende!

Antrag von: Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse
Hannah Concin, pG Theresianum
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Gloria Teufl, GRG17 Geblergasse
Ivan Ivanov, Theresianum

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.

13. Geschichte gerecht gestalten

Antrag von: Mika Moser, ERG Donaustadt

Julia Kowatschew, AHS Stubenbastei

Wie viele weibliche Künstlerinnen fallen dir ein?

Wie viele Wissenschaftlerinnen kannst du spontan nennen?

Wenn die Antwort „kaum eine“ lautet, liegt das nicht an mangelndem Interesse – sondern an einem Bildungssystem, das über Jahrhunderte hinweg die Leistungen von Frauen unsichtbar gemacht hat.

Der Geschichtsunterricht an österreichischen Schulen konzentriert sich weiterhin vor allem auf Kriege, politische Machtstrukturen und männliche Akteure. Dabei werden jene Geschichten, die nicht in dieses traditionelle Narrativ passen, die der Frauen, häufig ausgeblendet oder auf Randnotizen reduziert.

Diese einseitige Perspektive vermittelt Schüler:innen ein verzerrtes Bild der Vergangenheit und ignoriert die strukturellen Mechanismen, die zur Ungleichheit von heute geführt haben. Wer Frauen aus der Geschichte streicht, streicht sie auch aus dem kollektiven Bewusstsein.

Eine gerechte Geschichtserzählung bedeutet, Machtverhältnisse sichtbar zu machen, Stimmen zu verstärken, die zum Schweigen gebracht wurden – und jungen Menschen zu zeigen, dass Fortschritt immer auch von jenen kam, die sich gegen Ungerechtigkeit gestellt haben.

Um echte Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, muss auch unser Geschichtsunterricht gerecht gestaltet werden.

Forderungen:

- Integration der „Geschichte der Frau“ in den offiziellen Lehrplan der AHS und BHS.
- Erarbeitung didaktischer Materialien durch das BMBWF in Zusammenarbeit mit Fachstellen für Geschlechtergerechtigkeit, um Schulen praxisnah zu unterstützen.

14.Limit überschritten!

Antrag von: Liam Kronberger, VBS Schönborngasse

Für einen optimalen Lernerfolg werden pro Klasse idealerweise 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler empfohlen. In der Realität ist diese Klassengröße jedoch selten anzutreffen. Viele von uns besuchen Klassen mit bis zu 32 Schülerinnen und Schülern, in Ausnahmefällen sogar bis zu 35. Das erschwert nicht nur die aktive Teilnahme am Unterricht, sondern macht es für Lehrkräften faktisch unmöglich, individuell auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Viele nationale und internationale Studien kommen zu dem Ergebnis, dass kleinere Schulklassen die Interaktion zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern deutlich fördern und damit zu besseren Lernleistungen führen. Besonders in der Volksschule, also in einer Phase, in der Grundelemente wie Lesen, Schreiben und Rechnen erlernt werden, ist eine enge pädagogische Begleitung entscheidend. Kinder profitieren hier stark von persönlicher Ansprache und unmittelbarem Feedback, was in überfüllten Klassen kaum umsetzbar ist.

Um dieser Problematik zu begegnen, ist eine gesetzliche Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl in Wien dringend erforderlich. Ich schlage daher eine Höchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vor. In Ausnahmefällen, die von der zuständigen Bildungsdirektion genehmigt werden müssen, sollte eine maximale Klassenstärke von 30 Schülerinnen und Schülern möglich sein.

Forderungen:

- Einführung einer Klassenschülerhöchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.
- Genehmigungspflichtige Ausnahmeregelung: In begründeten Fällen darf die Klassengröße auf maximal 30 Schülerinnen und Schüler erhöht werden, wenn dies von der zuständigen Bildungsdirektion bewilligt wird.
- Erhalt bestehender Klassenstrukturen: Bereits bestehende Klassen sollten nicht aufgeteilt werden, um die gewachsenen Klassengemeinschaften nicht zu gefährden.

15. Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe — und Beibehaltung des Religionsunterrichts

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse

Der Ethikunterricht bietet eine wichtige Möglichkeit, sich mit grundlegenden moralischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen, die uns alle betreffen — unabhängig von religiösen oder persönlichen Überzeugungen. Die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle Oberstufenschüler*innen ist eine notwendige Maßnahme, um allen die Möglichkeit zu geben, eigene ethische Standpunkte zu entwickeln und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Antrag fordert eine gleichwertige Anerkennung des Ethikunterrichts neben dem Religionsunterricht, der **weiterhin als freiwilliges Wahlfach bestehen bleibt.**

- Verpflichtender Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe, unabhängig von der Teilnahme am Religionsunterricht.
- Beibehaltung des Religionsunterrichts als freiwilliges Wahlfach für Interessierte.
- Ethik als eigenständiges, gleichwertiges Fach, das in allen Oberstufen verpflichtend ist, mit Themen wie Moral, Werte, soziale Verantwortung und aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen.

16. Gemeinsam gegen Rassismus – Für eine Schule ohne Diskriminierung

Antrag von: Aviel Kaikov, ZPC

Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf

Marko Avramovic Flica, VBS-Schönborngasse

Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium

Rassismus und Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz – und schon gar nicht in der Schule. Doch leider erleben viele Schüler:innen täglich subtile oder offene Formen von Ausgrenzung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder kulturellem Hintergrund. Solche Erfahrungen beeinträchtigen nicht nur das Wohlbefinden, sondern auch den Lernerfolg und das Gemeinschaftsgefühl.

Schule muss ein Ort sein, an dem Vielfalt als Stärke gesehen wird und jede:r sich sicher und respektiert fühlen kann. Das bedeutet, dass rassistisches Verhalten konsequent bekämpft wird, Vorurteile aktiv abgebaut werden und alle Schüler:innen die Werkzeuge bekommen, Diskriminierung zu erkennen und sich dagegen zu wehren.

Nur durch gezielte Maßnahmen, Aufklärung und Beteiligung aller kann Schule zu einem Raum werden, in dem Gleichberechtigung und Solidarität gelebt werden. Anti-Rassismus-Arbeit ist daher kein zusätzliches Extra – sie ist Grundvoraussetzung für ein gerechtes und inklusives Lernumfeld.

Forderungen:

- Anti-Rassismus-Programme an allen Schulen
- Landesweite Meldestelle bei der Anonym Vorfälle Melden kann
- Fortbildung über Diversität und Anti-Rassismus für alle Lehrkräfte

17. Zivilcourage, sichere Anlaufstellen und Gewaltprävention – Für ein respektvolles und sicheres Schulklima

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Ein respektvolles und sicheres Schulklima ist die Grundlage für das Wohlbefinden und den Erfolg aller Schülerinnen und Schüler. Mobbing, Grenzüberschreitungen und Konflikte beeinträchtigen nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern auch das Lernen. Der Antrag fordert Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage, sicheren Anlaufstellen und der Unterstützung durch Peer-Mediatoren, um eine respektvolle, unterstützende und sichere Schumatmosphäre zu schaffen.

Forderungen:

- Regelmäßige Workshops zur Deeskalation, Konfliktbewältigung und Unterstützung von Betroffenen.
- Einrichtung einer anonymen Meldestelle, um Mobbing und Grenzverletzungen sicher und ohne Angst vor Konsequenzen zu melden.
- Unterstützung und Ausbau von Peer-Mediatoren, die bei Konflikten vermitteln und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

18. Gemeinsam gerecht – Für ein faires, inklusives und solidarisches Schulleben in ganz Wien.

Antrag von: Aviel Kaikov, ZPC

Marko Avramovic Flica, VBS-Schönborngasse

Farah Denno, BG13

Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium;

Gerechte Bildung bedeutet, dass jede:r Schüler:in – egal welche Herkunft, welches Einkommen oder welche Voraussetzungen – die gleichen Chancen hat, erfolgreich zu lernen und sich zu entfalten.

Doch in Wien ist das noch längst nicht Realität. Hohe Kosten für Schulmaterialien, Bücher oder digitale Geräte benachteiligen viele Schüler:innen massiv.

Wer sich diese Dinge nicht leisten kann, steht von Anfang an schlechter da – im Unterricht, bei Aufgaben und im Selbstvertrauen.

Schule darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Eine faire Grundausstattung für alle ist kein Luxus, sondern die Grundvoraussetzung für Chancengerechtigkeit. Dazu kommt der wachsende psychische Druck: Leistungsstress, soziale Unsicherheiten und Belastungen außerhalb der Schule treffen Schüler:innen täglich. Viele haben keinen leichten Zugang zu Schulpsycholog:innen, Sozialarbeiter:innen oder Peer-Beratungsstellen.

Mentale Gesundheit darf nicht dem Zufall überlassen werden – sie ist entscheidend für das Lernen und für ein gesundes Aufwachsen. Schließlich fehlt es an echter Mitbestimmung: Entscheidungen über Schulalltag, Lernbedingungen oder Infrastruktur werden häufig ohne die Betroffenen getroffen.

Schüler:innen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Mitbestimmung ist nicht nur ein Recht, sie ist ein zentraler Faktor für gute Schule.

Forderungen:

- faire und gleiche materielle Voraussetzungen für alle,
- verlässliche psychosoziale Unterstützung
- Finanzielle Unterstützung für von Armut betroffene Schüler:innen

19. Bildung mit Haltung

Antrag von: Jacob Gubernner, AHS Geblergasse

Bildung ist der zentrale Ort, an dem wir die Grundlagen für eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft legen. Angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer und menschenfeindlicher Ideologien braucht es ein Schulsystem, das nicht neutral bleibt, sondern klare Haltung zeigt: gegen Hass und Hetze, für Menschenwürde, kritisches Denken und Zusammenhalt.

Ein progressives Bildungssystem darf sich nicht nur mit Wissenstransfer zufriedengeben, sondern muss junge Menschen befähigen, sich selbstbestimmt, informiert und solidarisch in der Gesellschaft zu bewegen. Der Ausbau politischer Bildung, gelebte Demokratie, soziale Inklusion und kritischer Umgang mit Geschichte und Medien sind dafür essenziell.

Forderungen:

1. Stärkung der politischen Bildung:

- Einführung verbindlicher und regelmäßiger politischer Bildungseinheiten ab der Sekundarstufe I.
- Integration kritischer Perspektiven zu Antifaschismus, Menschenrechten, Medienkompetenz und Klimagerechtigkeit.

2. Demokratie leben im Schulalltag:

- Ausbau echter Mitbestimmung durch schulinterne Schüler*innenparlamente und regelmäßige Beteiligung an Schulentwicklungsprozessen.
- Demokratiebildung auch für Lehrkräfte in Form von Fortbildungen.

3. Vielfalt und Inklusion stärken:

- Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne von Diversität (z. B. LGBTQIA+, Migration, Mehrsprachigkeit, Feminismus).
- Aktive Maßnahmen zur Förderung eines vielfältigen und diskriminierungsfreien Schulklimas.

4. Digitale Bildung & Medienkompetenz ausbauen:

- Aufklärung über Desinformation, rechtspopulistische Online-Strategien und Verschwörungserzählungen.
- Förderung von kritischem Umgang mit Social Media und Algorithmen.

20. Weil Depression auch eine Krankheit ist.

Antrag von: Jacob Gubernier, AHS, Geblergasse

Schule sollte ein Ort des Lernens sein, nicht des Leidens. Doch immer mehr Schüler_innen kämpfen mit Stress, Überforderung und psychischen Problemen. Prüfungsdruck, Leistungsangst und fehlende Unterstützung machen den Schulalltag für viele zur Belastung. Dabei darf psychische Gesundheit kein Tabuthema mehr sein. Ein modernes Bildungssystem muss junge Menschen nicht nur mit Fachwissen ausstatten, sondern ihnen auch zeigen, wie sie mit Stress umgehen, ihre Grenzen erkennen und für ihr Wohlbefinden sorgen können. Wer lernen soll, braucht auch die mentale Kraft dazu. Deshalb müssen Angebote zur Förderung psychischer Gesundheit fester Bestandteil des Schulalltags werden. Es braucht geschützte Räume, offene Gespräche und konkrete Hilfestellungen. Schule darf nicht nur bewerten, sondern muss auch begleiten. Denn nur wer sich gut fühlt, kann auch gut lernen.

Forderungen:

- Ein Mental Health Day pro Semester, an dem Schüler_innen ohne Angabe eines Grundes fehlen dürfen
- Einrichtung einer anonymen Mental-Health-Anlaufstelle für Schüler_innen
- Einführung eines Moduls bzw. regelmäßiger Workshops zum Thema „Mental Health“, mit Fokus auf emotionale Intelligenz, Resilienz, Stressbewältigung und psychische Gesundheit.

21. Eine Schule, ein Ziel: Gerechtigkeit und individuelle Förderung für alle Kinder

Antrag von: Jacob Gubernier, AHS Geblergasse

Das aktuelle Schulsystem in Österreich trennt Kinder nach der vierten Volksschulklasse in Hauptschule/Mittelschule und Gymnasium. Diese frühzeitige Einschätzung führt zu sozialer Segregation, ungleichen Bildungschancen und hohem Druck auf Kinder und Familien. Oft bestimmt diese Entscheidung den gesamten Bildungsweg: Wer nicht ins Gymnasium wechselt, hat deutlich geringere Chancen, die Matura zu absolvieren, was später die Berufsaussichten erheblich einschränkt.

Besonders betroffen sind Kinder aus nicht privilegierten Haushalten. Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, einem niedrigeren Bildungsniveau im Elternhaus oder aus finanziell schwächeren Familien haben oft weniger Möglichkeiten, in das Gymnasium zu wechseln. Unbewusste Vorurteile und Sympathieunterschiede von Lehrkräften verschärfen diese Ungleichheiten. Dadurch werden Talente nicht gefördert, und die bestehende soziale Ungleichheit wird zementiert.

Ein Bildungssystem, das Chancenungleichheiten verstärkt, anstatt sie abzubauen, ist nicht zukunftsfähig. Die frühzeitige Trennung schafft dauerhafte Benachteiligungen und behindert die gesellschaftliche Durchlässigkeit. Eine grundlegende Reform ist notwendig, um jedem Kind, unabhängig von Herkunft oder finanziellen Mitteln, gerechte Zukunftsaussichten zu ermöglichen.

Unsere Vision: Die Gesamtschule mit individueller Förderung

Wir fordern die Einführung einer Gesamtschule für die Primarstufe und die Sekundarstufe 1, in der alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Herkunft gemeinsam unterrichtet werden. Gleichzeitig sollen die individuellen Stärken der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Einführung der Gesamtschule
- Einführung von Förderunterricht: In jedem Fach sollen flexible Förder- und Erweiterungsangebote eingeführt werden. Kinder, die in bestimmten Fächern besonders stark sind, werden in diesen Fächern in leistungsdifferenzierten Gruppen oder Modulen gefördert.
- Kinder, die in bestimmten Unterrichtsfächerung bzw. Lernkompetenzen Unterstützung benötigen, erhalten gezielte Förderprogramme.
- Ein breites Angebot an Wahlfächern und Projekten (z. B. Musik, Kunst, Technik, Sport) ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihre Interessen und Talente zu entdecken und weiterzuentwickeln.

22.Schüler*innen als Gestalter der Schulgemeinschaft

Antrag von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

In der Schulgemeinschaft werden oft wichtige Entscheidungen getroffen, nicht selten werden wir Schüler_innen in diesen Entscheidungsfindungen überhört oder der_die Schulsprecher_in wurde nicht genügend über sein_ihr Amt aufgeklärt und hat nicht das nötige Knowhow, um mitzureden. Deswegen ist es an der Zeit, Schulsprecher_innen, die neu in der SV sind und sich nicht wirklich auskennen, zu unterstützen hochwertige Vertretungsarbeit zu leisten. Ein sehr guter Weg Schüler_innen, als SV, zu vertreten sind schulinterne Schüler_innenparlamente. Nicht direkt um Entscheidungen zutreffen, sondern damit sich die SV durch die Abstimmungen der Oberstufe ein ungefähres Meinungsbild, was die Schüler_innen brauchen/wollen, bilden können. Damit dies nicht ausartet, braucht es ein von der LSV ausgearbeitetes Konzept, wie man als SV am besten ein produktives und konstruktives schulinternes Schüler_innenparlament

Forderungen:

- Die LSV soll ein Konzept ausarbeiten, um SVen zu unterstützen, schulinterne SiPs abzuhalten.
- Die LSV soll bei Nachfrage, SVen bei der Durchführung schulinterner SiPs unterstützen.
- Es soll Konsequenzen für Schulleitungen geben, wenn diese die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von Schüler*innen nicht ausreichend wahrnehmen.

23. Flächendeckendes und kostenloses Angebot von Talentechecks in der Sekundarstufe I

Antrag von: Julian Valtiner, AHS Anton Baumgartner Straße

Gegen Ende der Sekundarstufe I stehen Schülerinnen und Schüler vor einer entscheidenden Frage: Welchen Bildungs- oder Ausbildungsweg möchte ich ab der neunten Schulstufe einschlagen? Für viele ist dies eine Herausforderung, denn die Wahl sollte auf eigenen Interessen, Fähigkeiten und beruflichen Perspektiven basieren. Doch leider ist das oft nicht der Fall, weil viele Jugendliche unsicher über ihre eigenen Talente sind.

Genau hier können Talentechecks für Klarheit sorgen. Sie geben den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Stärken und Begabungen besser zu erkennen und herauszufinden, welche Tätigkeiten ihnen Freude bereiten.

Bisher sind Talentechecks nicht flächendeckend verfügbar und oft mit Kosten verbunden. Das bedeutet, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler dieselben Chancen erhalten, sich fundiert zu orientieren. Ohne eine solche Orientierung kann die Entscheidung für die weitere schulische oder berufliche Laufbahn unsicher und weniger gezielt ausfallen.

Forderungen:

- Einführung eines flächendeckenden und kostenlosen Angebots von Talentechecks für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe

24. Autonomie und Entpolitisierte Schule – Schulversuch Österreich

Antrag von: Luis Erling, BRG14 Linzerstraße
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Ivan Ivanov, Theresianum
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um den Ressourceneinsatz bestmöglich zu gestalten.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.
- Wir fordern, dass der Schulbudgetplan durch den SGA bestätigt werden muss.
- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen. Darüber hinaus soll es eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit benötigen.

25. Hassen wir Männer?

Antrag von: Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse
Hannah Concin, Theresianum
Amelie Eywo-Müller, Tourismusschulen MODUL
Mia Pavla Mezga, BORG1 Hegelgasse 12
Saskia Baig, Amerlinggymnasium

Feminismus mag im Schulsystem zwar gut verankert sein, jedoch nicht genug in den Gesellschaftsstrukturen des Schulalltags. Ja, wir haben vielleicht den gleichen Stellenwert in der Klasse, aber trotzdem müssen sich Mädchen immer noch Kommentare im Unterricht anhören, wie zum Beispiel: „Frauen gehören in die Küche.“ Diese Kommentare kommen nicht nur von Schüler: innen, sondern auch von Lehrer: innen. Das liegt vor allem daran, dass der Begriff des Feminismus heutzutage zu oft im falschen Kontext verwendet wird. Viele denken leider fälschlicherweise, dass Feminismus gleich Männerhass bedeutet und dass Frauen aufgrund von Feminismus jetzt über den Männern stehen wollen. Faktisch ist das aber komplett falsch, den Feminismus steht lediglich für die Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft. Die Aufgabe der Schule wäre es, darüber aufzuklären! Doch das Problem der ist, dass der Lehrplan einfach nicht genug Platz bietet für die nötige Aufklärung über den Feminismus, obwohl der Geschichte Unterricht der ideale Ort dafür wäre

Forderungen:

- Wir fordern eine grundsätzliche, stärkere Inklusion von Feminismus in den Lehrplan. (Was ist es? Warum braucht es Feminismus? Geschichte von Feminismus)
- Wir fordern eine allgemeine Genderpflicht bei schriftlichen und mündlichen Arbeiten in der Schule.
- Wir fordern die LSV Wien eindringlichst dazu auf, die Bildungsdirektion Wien auf die fehlende Thematisierung des Feminismus im Lehrplan aufmerksam zu machen und für die Umsetzung dieser Forderungen zu kämpfen!

26. Erasmus als Chance nutzen!

Antrag von: Mert Efe Acar Albenov, BSETM Mollardgasse

Schon während der Schulzeit sollten Erasmus-Programme als echte Chance verstanden und erlebt werden. Sie ermöglichen es Schülerinnen und Schülern, neue Länder zu entdecken, andere Kulturen kennenzulernen und wertvolle Erfahrungen außerhalb des gewohnten Umfelds zu sammeln. Solche Erlebnisse fördern nicht nur Sprachkenntnisse, sondern auch Offenheit, Selbstständigkeit und ein besseres Verständnis für Europa und sein Zusammenleben. Auch für Lehrlinge bietet Erasmus+ die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung wertvolle Auslandserfahrungen zu sammeln, etwa durch berufliche Praktika in europäischen Betrieben. Dabei erwerben sie neue fachliche Kompetenzen, lernen andere Arbeitsweisen kennen und stärken gleichzeitig ihre persönlichen Fähigkeiten. Der Auslandsaufenthalt wird in der Regel auf die Lehrzeit angerechnet und durch Erasmus+ finanziell unterstützt. Damit möglichst viele Schülerinnen und Schüler und Lehrlinge von diesen Programmen profitieren können, dürfen Erasmus-Angebote nicht als Ausnahme oder Zusatz gesehen werden, sondern müssen ein fester Bestandteil des Bildungsalltags werden. Dafür braucht es klare Informationsstrukturen und engagierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Forderungen:

- Mindestens ein EU-Projekttag an Wiener Schulen pro Schuljahr, an dem unter anderem die Möglichkeiten von Erasmus+ niederschwellig aufgezeigt werden
- Einrichtung eines Europabüros in jeder Bildungsdirektion, als direkte Informationsstelle über Angebote der EU für Schülerinnen und Schüler
- Einführung eines oder einer Europabeauftragten in jeder Schule, der oder die die Organisation von EU- Projekttagen und Reisen nach Brüssel, Straßburg oder einen anderen Sitz einer EU-Institution organisiert
- Bereitstellung von niederschwelligem Informationsmaterial zu Erasmus+ für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I



27. Landesfinanzierter Erste-Hilfe-Kurs für alle 11. Schulstufen

Antrag von: Mathias Schilling, RG/WRG Feldgasse 8
Liam Kronberger, VBS Schönborngasse

Schon während der Schulzeit sollten Erasmus-Programme als echte Chance verstanden und erlebt werden. Sie ermöglichen es Schülerinnen und Schülern, neue Länder zu entdecken, andere Kulturen kennenzulernen und wertvolle Erfahrungen außerhalb des gewohnten Umfelds zu sammeln. Solche Erlebnisse fördern nicht nur Sprachkenntnisse, sondern auch Offenheit, Selbstständigkeit und ein besseres Verständnis für Europa und sein Zusammenleben. Auch für Lehrlinge bietet Erasmus+ die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung wertvolle Auslandserfahrungen zu sammeln, etwa durch berufliche Praktika in europäischen Betrieben. Dabei erwerben sie neue fachliche Kompetenzen, lernen andere Arbeitsweisen kennen und stärken gleichzeitig ihre persönlichen Fähigkeiten. Der Auslandsaufenthalt wird in der Regel auf die Lehrzeit angerechnet und durch Erasmus+ finanziell unterstützt. Damit möglichst viele Schülerinnen und Schüler und Lehrlinge von diesen Programmen profitieren können, dürfen Erasmus-Angebote nicht als Ausnahme oder Zusatz gesehen werden, sondern müssen ein fester Bestandteil des Bildungsalltags werden. Dafür braucht es klare Informationsstrukturen und engagierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Erste-Hilfe-Führerscheinkurs für alle Schülerinnen und Schüler der 11. Schulstufe an allen Wiener Schulen.
- Übernahme aller Kosten verbunden mit dem Erste-Hilfe-Kurs durch das Land Wien.

28. Bewusstsein statt Wegschauen

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Ein sicheres und respektvolles Schulklima ist die Grundlage für das Wohlbefinden und den Lernerfolg aller Schüler:innen. Grenzverletzungen, sexualisierte Übergriffe und diskriminierende Vorfälle beeinträchtigen nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl in der Klasse. Der Antrag fordert verbindliche Maßnahmen zur Aufklärung, Prävention und Sensibilisierung, damit Gewalt, Diskriminierung und Hasssymbole nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden, sondern ernsthaft behandelt und aufgearbeitet werden.

Forderungen:

- Regelmäßige Workshops und Projekttag mit Expert:innen zu Antidiskriminierung, Gewaltprävention, Grenzen und Verantwortung, die altersgerecht ab der Unterstufe angeboten werden.
- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu Themen wie Antidiskriminierung, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und dem Umgang mit Übergriffen, damit sie sicher und aktiv handeln können.
- Unterrichtseinheiten ohne Tabus zu:
 - Grenzen und Einverständnis
 - Diskriminierung und Privilegien
 - Geschichte und aktuelle Formen von Antisemitismus und Rassismus
 - Zivilcourage und Verantwortung übernehmen
- Aufklärung über Symbole des Hasses, wie z.B. Hakenkreuze, inklusive Schutz, Erklärung und Unterstützung für die Betroffenen.

29. Bleibt weltoffen!

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der WienerSängerknaben
David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Alisa Gradascevic, BGRG Erlgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Boris Andreev, Theresianum
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, wodurch es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversität zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing.

Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede:r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder einschränkt. Leider passieren die obengenannten Ungerechtigkeiten viel zu häufig, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler:innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversität, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.
- Wir fordern gezielte Aufklärung über Diskriminierung in Schulen, um einen respektvollen Umgang miteinander zu fördern.

30. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
David Studeny, Brg8 Albertgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Boris Andreev, Theresianum
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Hannah Concin, Theresianum
Luis Erling, BRG 14 Linzerstraße

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Art Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Abweichung der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schafft man eine Ansprechperson für die Schüler:innen, welche sich nicht zeitgleich benotet. Dadurch entspricht das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen und ermöglicht eine vertrauliche und offene Atmosphäre. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schulatmosphäre.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.

31. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse
Gloria Teufl, GRG17 Geblergasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler:innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler:in ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler:innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer:innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter. Zusammengefasst sollen Buddys für alle Erstklässler eine Anlaufstelle sein. Sie bieten anfänglich regelmäßige Betreuung im ersten Monat und danach nur noch phasenweise Unterstützung.

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler:innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.

32. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: David Studeny, Bgrg8 Albertgasse

Elisabeth Caroline Wenk ORG der Wiener Sängerknaben

Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse

Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium

Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderte Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an die BMHS. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede:r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen. Jedoch muss man generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein.

Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungstärker ist, die Stunden in denen man anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchUG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein, nicht nur um den Schüler:innen das ins Gleichgewicht bringen der „School-Life-Balance“, sondern auch mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler:innen einzugehen, während sich die leistungstärkeren Schüler:innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewichts helfen.

Forderungen:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige:n Schüler:in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.

33. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Ivan Ivanov, Theresianum

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie kann man verantwortungsvoll damit umgehen und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, da man bewiesenermaßen die Schüler:innen meistens so am wenigsten erreicht.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essenziell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun bzw. was sie konsumieren. Dabei bewirken Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil von dem, was sie ursprünglich als Ziel hatten.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche vor allem von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgeführt wird.

34. Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback

Antrag von: Luis Erling, BRG 14 Linzerstraße
Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg 13 Wenzgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Wir Schüler:innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer:innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler:innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler:innen an Lehrer:innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler:innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler:innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler:innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll

35.Öffis nützen – selbst schützen

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Unzählige Schüler:innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen. Schüler:innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler:innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler:innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler:innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen.

Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.

36. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Ivan Ivanov, Theresianum
Luis Erling, BRG 14 Linzerstraße
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg 13 Wenzgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

36. Der Weg zur Europäischen Schule

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschwelligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.

37.Let's talk about sex, baby!

Antrag von: David Studeny, Brg8 Albertgasse
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wienersängerknaben
Hannah Concin, Theresianum
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention von sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als ein Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen. Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.

38. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Ivan Ivanov, Theresianum

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.

39. Sei eine Avocado!

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Hannah Concin, Theresianum

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht

40. Mehr Bewegung im Schulalltag – Für eine gesunde und konzentrierte Schülerschaft

Antrag von: Rais Barghoud, Maygasse BHAK 13
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse

Langes Sitzen, wenig frische Luft und kaum körperliche Aktivität – so sieht der Alltag vieler Schüler:innen aus. Dabei ist wissenschaftlich längst belegt, dass regelmäßige Bewegung nicht nur die körperliche Gesundheit stärkt, sondern auch die Konzentration, Stimmung und Lernleistung deutlich verbessert. Trotzdem verbringen wir oft sechs bis acht Stunden täglich im Klassenzimmer, meist ohne Bewegungspausen.

Viele Schüler:innen klagen über Rückenschmerzen, Müdigkeit und Antriebslosigkeit – Folgen von Bewegungsmangel und zu langem Sitzen. Studien zeigen, dass Jugendliche in Österreich im Durchschnitt deutlich unter den empfohlenen 60 Minuten Bewegung pro Tag bleiben. Schule sollte ein Ort sein, der Körper und Geist gleichermaßen stärkt. Bewegung ist keine Ablenkung vom Lernen, sondern eine wichtige Voraussetzung dafür.

Mehr Bewegung im Schulalltag bedeutet nicht automatisch mehr Sportstunden, sondern kleine, wirkungsvolle Änderungen: kurze Aktivpausen zwischen den Stunden, Unterricht im Freien oder bewegte Lernmethoden im Klassenzimmer. Diese Maßnahmen sind einfach umsetzbar und verbessern das Wohlbefinden und die Lernmotivation spürbar.

Forderungen:

- Einführung kurzer Bewegungs- oder Dehnungspausen (2–5 Minuten) nach längeren Unterrichtseinheiten, besonders in Fächern mit viel Sitzen.
- Regelmäßiger Unterricht im Freien („bewegtes Lernen“) – z. B. Sprachübungen, Gruppenarbeiten oder Naturerkundungen außerhalb des Klassenzimmers.
- Bereitstellung einfacher Bewegungsmaterialien wie Gummibänder, Gymnastikbälle oder Balancepads in Klassenräumen, um Bewegung zwischendurch zu fördern.
- Kooperation mit lokalen Sportvereinen oder Fitnessstudios, um Workshops oder kurze Sporteinheiten (z. B. Yoga, Rückenfit, Tanz) in der Schule anzubieten.

41. Mehr Austausch und neue Schwerpunkte zwischen den Schultypen – Praxis trifft Theorie

Antrag von: Rais Barghoud, Maygasse BHAK 13
Farbian Beltinger, VBS Akademiestraße
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium

Das österreichische Schulsystem trennt Schüler:innen sehr früh in verschiedene Schultypen – HAK, AHS, HTL, HLW usw. – und damit auch in sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Während HAK-Schüler:innen viel Wirtschaft und Rechnungswesen lernen, liegt in AHS der Fokus auf Theorie und Allgemeinbildung, und in HTLs auf Technik. Diese Spezialisierung ist sinnvoll, aber sie führt oft dazu, dass wichtige Kompetenzen fehlen, die in der modernen Arbeitswelt überall gefragt sind – egal ob im Büro, im Labor oder in der Werkstatt.

In einer digitalen und wirtschaftlich vernetzten Welt brauchen Schüler:innen grundlegende Kenntnisse in Wirtschaft, Technik und digitalen Medien – unabhängig von der Schulform. Viele AHS-Schüler:innen wünschen sich mehr wirtschaftliche Bildung, während HAK-Schüler:innen gerne mehr über IT, Programmierung und Technik lernen würden. Auch HTL-Schüler:innen könnten von betriebswirtschaftlichem Denken profitieren.

Ziel sollte es sein, die Stärken der verschiedenen Schultypen zu verbinden, um Schüler:innen besser auf die Zukunft vorzubereiten.

Praxis trifft Theorie – und Wirtschaft trifft Technik

Forderungen:

- Einführung von schulübergreifenden Wahlmodulen oder Workshops: Schüler:innen sollen die Möglichkeit haben, Workshops oder kurze Kurse an anderen Schultypen zu besuchen (z. B. AHS-Schüler:innen Wirtschaft an der HAK, HAK-Schüler:innen IT an der HTL).

41. Mehr Austausch und neue Schwerpunkte zwischen den Schultypen – Praxis trifft Theorie

Forderungen:

- Mehr projektorientierter Unterricht mit gemischten Gruppen: Kooperationen zwischen Schulen in der Region (z. B. gemeinsame Projektwochen zu Wirtschaft, Technik oder Nachhaltigkeit).
- Grundlagenfächer für alle: Einführung von Basiskompetenzen in allen Schulformen, etwa: Wirtschaft und Finanzbildung in AHS, Digitalisierung und IT-Grundlagen in HAK/HLW, Entrepreneurship und Kommunikation in HTL.
- Förderung schulübergreifender Wettbewerbe oder Hackathons: Veranstaltungen, bei denen Schüler:innen unterschiedlicher Schulen gemeinsam an Projekten arbeiten – z. B. Start-up-Ideen, technische Lösungen oder soziale Innovationen.

42. Lernen unterstützen. Chancen schaffen.

Antrag von: Lara Grünauer, VBS Schönborngasse

Das Bildungssystem steht vor der zentralen Herausforderung, allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Herkunft gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Lernrückstände können jedoch schon sehr früh entstehen und sich ohne gezielte Unterstützung über Jahre hinweg verfestigen. Der reguläre Unterricht kann diese Defizite aufgrund struktureller Rahmenbedingungen oftmals nicht ausreichend auffangen.

Private Nachhilfeangebote sind für viele Familien finanziell nicht leistbar und verschärfen bestehende soziale Ungleichheiten. Um diesem Missstand wirksam entgegenzutreten, braucht es verpflichtende schulinterne Nachhilfesysteme, die als fixer Bestandteil des schulischen Förderauftrags verankert sind und allen Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung stehen.

Ein zentraler Bestandteil dieser Nachhilfesysteme soll die freiwillige Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern sein, die andere Schülerinnen und Schüler unterstützen. Dieses solidarische Peer-to-Peer-Modell stärkt nicht nur die individuelle Förderung, sondern fördert auch demokratische Werte wie Verantwortung, Engagement und Zusammenhalt innerhalb der Schulgemeinschaft.

Darüber hinaus fehlt es bislang an einer Koordination von Nachhilfeangeboten. Schülerinnen und Schüler, die Unterstützung benötigen, und jene, die bereit sind, Nachhilfe zu geben, finden oft nicht zueinander. Die LSV Wien sollte als Interessenvertretung der Wiener Schülerinnen und Schüler diese Lücke schließen. Ein zentrales, von der LSV betriebenes Nachhilfeportal kann Angebot und Nachfrage schulübergreifend bündeln und damit einen wesentlichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten.

Ergänzend dazu braucht es transparente und leicht zugängliche Informationen über bestehende Nachhilfeangebote in Wien. Die LSV kann hier durch eine übersichtliche, regelmäßig aktualisierte Informationsplattform auf ihrer Website zur Orientierung und Entlastung von Schülerinnen und Schülerbeitragen.

Forderungen:

- Verpflichtende Einführung schulinterner, kostenloser Nachhilfesysteme an allen Schulen.
- Einrichtung eines, von der Landesschüler:innenvertretung Wien betriebenen Nachhilfeportals.
- Bereitstellung einer zentralen, übersichtlichen Informationsplattform auf der Website der LSV Wien, die über bestehende schulische und außerschulische Nachhilfeangebote in Wien informiert.

43.Flexibilität? Ja bitte!

Antrag von: Laura Tawrowsky, Dominikanerinnen

Schülerinnen und Schüler unterscheiden sich in ihren Stärken, Interessen und ihrem individuellen Lerntempo. Während manche Lerninhalte rasch erfassen, benötigen andere mehr Zeit und Übung. Dieses unterschiedliche Lerntempo wird im derzeitigen Unterrichtssystem jedoch noch viel zu wenig berücksichtigt.

Der Schulversuch „Flexzeiten“ bietet eine zeitgemäße Möglichkeit, dieser Herausforderung entgegenzuwirken. Durch die Verkürzung der Unterrichtseinheiten auf 43 Minuten entstehen zusätzliche, frei nutzbare Lernzeiten, die zu eigenen Flexstunden zusammengebündelt werden. In diesen Stunden befinden sich die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit einer Lehrperson im Klassenraum und können diese Zeit individuell und sinnvoll nutzen.

So besteht die Möglichkeit, Hausübungen zu erledigen, für Schularbeiten oder Tests zu lernen, Stoff zu wiederholen oder zu vertiefen sowie an Themen zu arbeiten, bei denen noch Unsicherheiten bestehen. Bei Fragen oder Verständnisproblemen steht jederzeit eine Lehrperson als Ansprechperson zur Verfügung, wodurch gezielte Unterstützung gewährleistet wird. Gleichzeitig können Schülerinnen und Schüler, die den Stoff bereits sicher beherrschen, eigenständig weiterarbeiten oder sich mit anderen Lerninhalten beschäftigen.

Die Einführung von Flexzeiten trägt somit nicht nur zu einer stärkeren Individualisierung des Lernens bei, sondern verbessert auch die Lerndynamik innerhalb der Klassen.

Forderungen:

- die Kürzung der Unterrichtseinheiten in der AHS-Oberstufe auf 43 Minuten
- die Einführung des Schulversuchs „Flexzeiten“ in allen AHS-Oberstufenklassen
- die Landesschülervertretung (LSV) soll die Bildungsdirektion dazu auffordern, die Flexzeiten als Schulversuch anzubieten

44. Bewegt den Steinzeitdrachen - Schule in die Zukunft

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Wer kennt es nicht, eine zitternde Füllfeder in der Hand nach drei Stunden Deutschschularbeit? Wieso ist das immer noch der Normalfall an einer Mehrheit an Schulen. Im wahren Berufsleben wird dies nie wieder vorkommen. Die Vorbereitungseinrichtung für unsere die Zukunft hält jedoch weiter vehement daran fest. Um jedoch mit dem Wandel der Zeit mitgehen zu können müssen unsere Bildungseinrichtungen ihre digitale Infrastruktur ausbauen und den Unterricht sowie auch die Prüfungen digitalisieren. Also lasst uns gemeinsam den Steinzeitdrachen Schule in Bewegung bringen und dafür sorgen, dass verkrampte Hände in Zukunft vom Tippen an den Tastaturen und nicht mehr vom Schreiben mit Füllfedern kommen.

Forderungen:

- Die Digitalisierung des Unterrichts für eine adäquate Vorbereitung auf das Berufsleben
- Eine Möglichkeit Leistungskontrollen wie Schularbeiten und Tests auch digital zu schreiben.
- Die digitale Infrastruktur an Schulen wie Endgeräte und WLAN ins 21. Jahrhundert bringen

45. Frontalunterricht ist sowas von out!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Ich glaube, wir können uns alle einig sein, dass um 25 Personen etwas beizubringen, der wohl schlechteste Weg ist vorne an der Tafel einen Vortrag zu halten. Doch genauso versucht das Schulsystem uns immer noch Wissen in unsere Köpfe zu zwängen und das 6 bis 10 Stunden am Tag. Dass dabei die Aufmerksamkeitsspanne nach spätestens der großen Pause weg ist, ist kein Wunder. Wir sagen ganz klar: Frontalunterricht ist im 21. Jahrhundert sowas von out!

Forderungen:

- Ein Fokus auf interaktiven Unterricht in der Schule
- Einen Rückgang von Frontalunterricht als Unterrichtsmethode
- Einen stärkeren Fokus auf Projektarbeit und fächerübergreifenden Unterricht um Themen zu erarbeiten
- Vermehrt Expert:innen in den Unterricht einbeziehen

46. Echte Gleichberechtigung im Klassenraum

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

In einer Zeit, in der die Forderung nach Gleichberechtigung lauter denn je erklingt, ist es von entscheidender Bedeutung, bereits in den Schulen die Grundlagen für ein tieferes Verständnis und eine sensibilisierte Wahrnehmung zu legen. Dieser Antrag setzt sich für die Integration von feministischen Themen in den Schulunterricht ein, um das Bewusstsein für Gleichberechtigung zu schärfen und junge Menschen auf die Herausforderungen unserer Zeit vorzubereiten.

In der Unterstufe wird ein Grundkurs zu Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats vorgeschlagen. Dieser soll in der Oberstufe durch einen vertiefenden Kurs fortgesetzt werden.

In der Oberstufe sollen ausführliche Unterrichtseinheiten zu Femi(ni)ziden und Gewalt an Frauen* integriert werden. Dies fördert eine vertiefte Auseinandersetzung mit den realen Herausforderungen, denen Frauen weltweit gegenüberstehen, und sensibilisiert für diese Thematik.

Zusätzlich wird die Einführung von Workshops zur Gewaltprävention von externen Fachleuten an Oberstufen-Schulen vorgeschlagen. Diese Experten können durch ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen wertvolle Einblicke vermitteln und den Schülerinnen und Schülern praktische Werkzeuge zur Gewaltprävention mitgeben.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, den 8. März, den Internationalen Frauentag, von Schulen offiziell zu entschuldigen. Dies ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich intensiver mit diesem besonderen Tag und seiner historischen Bedeutung auseinanderzusetzen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen trägt dazu bei, ein bewusstes und sensibles Umfeld zu schaffen, das die Gleichberechtigung fördert und Schülerinnen und Schüler für soziale Herausforderungen sensibilisiert. Die Unterstützung und Prüfung dieser Vorschläge werden im Sinne einer fortschrittlichen und inklusiven Schulbildung erbeten.

Forderungen:

- Schulen sollten in der Unterstufe einen Grundkurs gemacht haben zum Thema Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats. Dieser sollte mit einem zweiten Kurs in der Oberstufe fortgesetzt werden.
- In der Oberstufe sollte außerdem die Themen Femi(ni)zide und Gewalt an Frauen* ausführlich im Unterricht durchgenommen werden.
- Zusätzlich sollte es einen Workshop zu Gewaltpräventionen, von einer externen Person, an den Oberstufen-Schulen geben.
- Der 8. März sollte von den Schulen entschuldigt werden, damit sich Schüler:innen mit diesem besonderen Tag und dessen Geschichte befassen können

47. Hass und Hetze? Wir sagen laut: NEIN!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Hass, Hetze und Diskriminierung. Heutzutage hört man, sieht man und bekommt man diese drei Hassformen mehr und mehr mit. Man will sagen, dass Gen Z mehr toleranter wird, doch das ist in vielen Schulen nicht der Fall.

Hass befindet sich sicher überall in Schulen, und Diskriminierung ist immer dabei, auch wenn man sie nicht gut sehen kann. Ob man sexistische Aussagen macht, homophobe Witze erzählt oder weitere Formen von Hass verbreitet, sollte man in allen Fällen bestraft werden, denn Hass, Diskriminierung und Hetze haben keinen Platz an unseren Schulen!

Forderungen:

- Gendersprecher:innen an jeder Schule Wiens
- Regenbogen-Flaggen an jeder Schule Wiens
- Anlaufstellen für Mädchen, flinta und LGBTQIA+ Personen an jeder Schule etablieren, sowohl auch in der LSV
- Safe Groups für Mädchen und LGBTQIA+ Mitglieder an jeder Schule anbieten

48. Es ist 12: Klimafitte Schulen jetzt!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Wir alle wachsen mit der immer größer werdenden Bedrohung des Klimawandels auf. Milliarden von Menschen weltweit und ganze Länder müssen sich anpassen. So auch unser Schulsystem. Um zeitgemäß auf aktuelle Themen einzugehen, ist es dringend erforderlich, dass eine umfassende Aufklärung über den Klimawandel flächendeckend in unserem Schulsystem integriert wird. Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler, die tagtäglich zur Schule gehen, nicht in der Lage sind, wissenschaftlich anerkannte Fakten zum Klimawandel in Diskussionen gegenüber anderen anzuwenden, stellt eine versäumte Verantwortung des Bildungssystems dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in unseren Schulen die nächste Generation ausgebildet wird, eben diese nächste Generation nicht auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten bringt weitreichende Konsequenzen für die Zukunft unserer Gesellschaft mit sich. Schüler:innen müssen nicht nur die Komplexität des Klimawandels verstehen, sondern auch über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems informiert werden.

Es ist an der Zeit, dass unser Bildungssystem eine Vorreiterrolle übernimmt und die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellt, um eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur das Vermitteln von Wissen, sondern auch das Fördern von kritischem Denken, Empathie und Handlungsbereitschaft. Nur so können wir sicherstellen, dass die kommende Generation nicht nur als Opfer des Klimawandels betrachtet wird, sondern auch als aktive Gestalterinnen und Gestalter einer nachhaltigen Zukunft agiert.

Wir sind die erste Generation die die Folgen der Klimaerwärmung zu spüren bekommt und die Letzte die etwas dagegen tun können. Doch während wir in der Schule sitzen und brav lernen, fahren Großkonzerne weiterhin mit der Zerstörung unseres Planeten fort. Unsere Schulen müssen klimafit gemacht werden — und zwar jetzt. Dafür braucht es

48. Es ist 12: Klimafitte Schulen jetzt!

Forderungen:

- Die Verankerung von Klimabildung im Lehrplan und ihre Ausführung im praktischen Unterricht
- Schulautonomie, damit jede Schule ihre Energiequellen eigenständig regulieren kann
- Eine gesetzliche Verankerung der Umweltsprecher:innen im Bildungssystem
- CO₂ Ausstoß von Schulen durch Änderung des Buffetangebotes senken inkl. dem Angebot von Alternativen die vegan, halal, kosher, sowie saisonal und regional sind, mit einem Fokus auf Verpackungsreduzierung
- Das Budget einer Schule darf nicht in zukunftsschädigenden Fonds angelegt werden
- Die LSV macht sich bei Stadtregierung für Fassadenbegrünungen der Begrünung von Schulhöfen, autofreien Schulvorplätzen, radfreundliche Schulwege und PV-Anlagen auf Dächern stark
- Genügend Fahrrad- & Rollerstände vor Schulen, um sicherzustellen, dass alle Schüler:innen ihre Fahrräder und Roller vor der Schule abstellen können
- Förderungen von klimaneutraler Anreise bei Schulreisen und Schulveranstaltungen
- Bekanntmachung von Förderungen für klimafreundliche Schulprojekte
- Mülltrennungssystem ausweiten und an alle Schulen verankern
- vermehrter Einsatz von Leihbüchern um Papier zu sparen

49. Lebenswerte Schule

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Wir sitzen in der Schule und lernen durchgehend. In Mathe lernen wir quadratische Funktionen, in Deutsch die Stilmittel, in Englisch „The Story of The Stones“ usw. Nach all diesen Stunden kann ich aber sagen, dass mir sehr viel fehlt. Weiß ich wie man kocht? Weiß ich wie ich klimafreundlich leben kann? Weiß ich wie man nachhaltig Geld ausgibt? Kurz gesagt, nein. Das hätte ich aber lernen sollen.

Für viele Menschen ist der Zugang zu diesen Grundlagen der Zukunft nicht selbstverständlich. Wir befinden uns mitten drinnen in der Klimakrise, doch Schulen bringen uns nicht bei wie wir auf unsere Erde aufpassen sollen. Das ist ein riesiger Fehler! In der Schule sollte man eben für die Zukunft lernen, nicht wahr?

Forderungen:

- Kochunterricht als Teil vom Fach Sport/Biologie
- Kochunterricht sollte Veganismus und Vegetarianismus als Schwerpunkt haben
- Verankerung des Themas „Das nachhaltige Wohnen“ im Fach Geschichte/Physik/Geographie
- Finanzen sollten im Fach Geographie besprochen werden

50. Leistet Widerstand

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

2025 – Du hast vor Kurzem dich als eine Transfrau geoutet. Du bist endlich frei dein Leben zu leben und dich so zu äußern und entwickeln, wie du immer wolltest. Dann drehst du die Nachrichten an. „In Amerika gibt es offiziell nur zwei Gendern“ oder „Ungarns Chef möchte die Pride Parade in Budapest verbieten“ oder „Georgische Trans-Model ermordet nachdem ein anti-LGBTQIA+ Gesetz in Georgien durchgesetzt wurde“. Die freie Welt, die du dir gewünscht hast, an welcher du geglaubt hast, geträumt hast und verdient hast, existiert nicht mehr.

Wir befinden uns in einer sehr dunklen Zeit. Überall auf der Welt dominiert Hass, egal wohin wir schauen. Es behaupten überall Leute, dass sie besser sind als andere, dass sie mehr Wert haben als andere, dass sie wichtiger sind als andere. Sie wählen Menschen, die diese Ideologie weitertragen. Hass ist keine Meinung, jedoch wird Hass in einigen Ländern für richtig und wichtig gehalten. Egal welche Religion man hat, egal was man glaubt oder was man denkt, jeder Mensch hat das Recht auf sein: ihr Leben und wie dieses Leben entwickelt wird.

Forderungen:

- Demokratiebildung an Wiens Schulen erschaffen
- Hass und Hetze in der Schule behandeln – Safe Spaces für Minderheiten, Mitglieder der LGBTQIA+ Community und Frauen und Mädchen erschaffen
- Härtere Strafen für homophobe, transphobe und rassistische Aussagen durchsetzen
- Umgang mit Fake News im Unterricht verankern
- Pride Flags an jeder Schule
- Gender neutrale Toiletten anbieten, wenn Platz vorhanden ist
- Minderheitenrechte im Unterricht verankern
- Die Geschichte von Frauenrechten und Feminismus im Unterricht verankern
- Die Geschichte von LGBTQIA+ Rechte im Unterricht verankern
- Die Geschichte von Rassismus und warum sie schlecht ist im Unterricht verankern

51. Licht an in dunklen Zeiten!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Mental Health. Seit Jahren reden wir schon über dieses Thema, doch ändern tut sich weiterhin kaum etwas. Lehrpersonen unterrichten uns tagtäglich und durch ihre Sprachwahl werden wir, ob wir es wollen oder nicht, beeinflusst. Nicht nur deren Sprache, sondern auch der Umgang mit dem Thema im Generellen, und das kann äußerst problematisch sein, schon eine kleine Portion Unwissen kann unglaublich schwere Folgen haben. Schluss damit, pack ma's an. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen täglich respektlosen Kommentaren und gefährlichem Unwissen ausgesetzt werden, daher fordern wir eine Mental-Health-Offensive an allen Wiener Schulen, und zwar sofort. Wir brauchen Lehrpersonen, die nicht länger im Dunkeln tappen, sondern sich mit unseren Problemen auseinandersetzen. Wir brauchen Möglichkeiten zur Entlastung in Krisenzeiten. Wir brauchen einen respektvollen Umgang mit betroffenen Personen.

Forderungen:

- Implementierung regelmäßiger Schulungen, um Lehrer:innen im Umgang mit mentalen Gesundheitsfragen zu stärken
- Sensibilisierung für die Bedeutung der mentalen Gesundheit bei Abwesenheit von Schüler:innen bei Ausflügen oder Schulveranstaltungen.
- Einführung von Triggerwarnungen und Anerkennung der mentalen Gesundheit als legitimen Grund für das Fehlen von Schüler:innen.
- Klare Richtlinien und Konsequenzen für abwertende oder diskriminierende Äußerungen im schulischen Umfeld.
- Förderung einer respektvollen Sprachkultur und Sensibilisierung gegenüber diskriminierenden Begriffen.
- Einrichtung einer anonymen online Plattform für Schüler:innen, um Bedenken und Vorfälle bezüglich des Verhaltens von Lehrpersonen im Bereich mentaler Gesundheit sowie Diskriminierung zu äußern und zu melden.
- Verbesserung des Zugangs zur Schulpsycholog:in durch anonyme und vertrauliche Beratungsmöglichkeiten.
- Die LSV führt eine Umfrage zur mentalen Gesundheit von Schüler:innen durch

52. Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

30 Stunden. So viel Zeit verbringen wir jede Woche in der Schule. Und genauso viele Stunden in der Woche verbringe ich in einem Unterricht bei dessen Gestaltung ich in keinster Weise mitbestimmen kann. Das muss sich ändern.

Die Schule sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch der Vorbereitung auf die Zukunft sein, ein Ort, an dem wir uns voll entfalten können. Die Tatsache, dass wir in der Schule nicht die Möglichkeit haben, uns zu spezialisieren; uns in bestimmten Bereichen intensiver auf unseren nächsten Bildungsweg vorzubereiten lassen, ist nicht zukunftstauglich. Die Möglichkeit uns in der Schule miteinzubringen und proaktiv zu entscheiden womit wir unsere Tage verbringen ist eine der wichtigste Weichen, die wir für die Bildungswende stellen können. Eine Schule, die diese Möglichkeit nicht bietet, läuft Gefahr, ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens vorzubereiten. Hiermit wird außerdem die Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen gestärkt und ihre Selbstständigkeit und Selbstorganisation gefördert. Im Bildungssystem von morgen gibt es keinen Platz für inflexible, starre Stundentafeln – genau deswegen sollten wir jetzt damit beginnen sie zu hinterfragen.

Forderungen:

- Die Möglichkeit ab der Sekundarstufe II die Stundentafel innerhalb eines bestimmten Rahmens mitzubestimmen
- Den Bildungsgrad innerhalb eines Faches durch die Wahl eines von mehreren Kursen zu verändern
- Die Einführung der Modularen Oberstufe an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen Wiens
- Die Einführung von Sportzyklen in der Sekundarstufe 2

53. Sprachen? Ja, en bra idé på scenen!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Jag älskar språk, men har inte mycket chans att lära mig språk! Das war Schwedisch. Würde ich diese Sprache nicht vom Grund aus kennen, dann hätte ich nie die Möglichkeiten gehabt, diese Sprache zu lernen, vor allem nicht in der Schule. Vielfalt ist überall in Schulen, und das ist gut so! Es treffen sich verschiedene Kulturen in Österreichs Schulen - aus alle Ecken der Welt. Jedoch werden diese Kulturen in der Schule nicht wahrgenommen. Es wird immer nur über europäische Kultur und Geschichte gesprochen, aber nicht über Minderheiten oder andere Kulturen. Das ist sehr schade! Dadurch können viele Vorurteile entstehen, denn viele Schüler:innen noch nie oder ganz wenig mit einer anderen Kultur zu tun hatten.

Schwedische Kultur ist vielleicht nicht eine Kultur, die ganz komplett anders ist als die österreichische, aber trotzdem wissen sehr wenige Menschen viel über meine zweite Kultur. Durch Sprachen können neue Perspektiven erschaffen werden und neue Chancen. Entstehen tut nicht nur eine andere Kultur kennenlernen, aber auch andere Menschen verstehen. Menschen sind alle gleich, egal welche Sprache sie sprechen, woher sie kommen oder was ihr Hintergrund ist. Viele behaupten leider, dass das nicht der Fall sei. Dass ist falsch! So entstehen viele Probleme. Wir müssen gemeinsam arbeiten für eine Zukunft mit Liebe, Vielfalt und Harmonie – Harmoni. Harmoni att leva och bor tillsammans med alla!

Forderungen:

- Mehr zweite und dritte lebende Fremdsprachenangebote an den Schulen
- Geschichte von Minderheiten und Minderheitenrechte im Unterrichtsplan verankern
- Aufklärung über wie Sprachen unser Leben beeinflusst
- Mehr sichtbare Inklusion von Minderheiten an Schulen

54. Beep Bop Boop – Chancen!!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Beep Bop Boop – und so haben wir bald alle technologischen Geräten als Haustieren! Obwohl das absurd klingt, kann das unsere Zukunft sein. Wir Menschen tun sehr schnell erfinden und unser Stand von Technologie erweitern, jedoch wissen viele Nichts davon.

Da Schule eigentlich ein Ort sein soll, wo solche wichtigen Sachen besprochen werden soll, ist es passend, dass wir unsere Schule einen Upgrade – oder soll ich Update sagen – geben.

Forderungen:

- Schulen mit gutem Wlan und Internetverbindungen ausstatten
- Informatikunterricht neu umdenken und ausbauen – mit Technologie, die auch wirklich etwas bringt
- 10 Finger System fixieren
- Das Einbauen von Handys im Unterricht für die Oberstufe befestigen, in der Form von interaktivem Unterricht
- Umgang mit Fake News und KI generierten Nachrichten im Unterricht behandeln

55. Be proud of who you are

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Homophobie ist an vielen Schulen in Österreich zu einem wirklich großen Problem geworden. Die Menge an bösen Blicken, negativen Kommentaren, diskriminierenden Aussagen und anderen Dingen, die ich selbst und andere, die ich kenne, erleben mussten, sind nicht nur lächerlich, sondern auch völlig unangebracht.

Es ist gar nicht so schwer, mit allen in der Klasse in Frieden und Harmonie zu leben, deshalb fordere ich nicht nur Workshops und die Verankerung des Themas LGBTQIA+ und was es bedeutet, MitgliederIn einer solchen Gruppe zu sein, im Rahmen unseres Schulunterrichts, sondern ich fordere euch alle von Herzen auf, zu denken, bevor ihr sprecht.

Die LGBTQIA+ Community macht einen relativ großen Teil der Gemeinschaft aus, besonders jetzt, wo wir frei über unser Leben und unsere Gefühle sprechen dürfen. Das bedeutet, dass die Welt sich ständig verändert und dass veraltete Ideologien keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. Zum Glück kann man in Österreich sogar in der Öffentlichkeit schwul sein, denn in anderen Ländern, ganz zu schweigen von anderen Schulsystemen, werden wir nicht nur diskriminiert, sondern auch eingesperrt oder sogar getötet, nur weil wir sind, wie wir geboren wurden. Deshalb ist es unerträglich, dass über uns Witze gemacht werden, dass wir gefoltert werden oder sogar zum Tode gebracht werden. Deshalb müssen Homophobie und Transphobie in den Schulen ein Ende haben. Schule MUSS ein Ort sein, an dem Homophobie und Transphobie KEINEN Platz haben.

Bitte stimmen Sie positiv über diesen Antrag ab, da es für uns alle MitgliederInnen der LGBTQIA+ Community wichtig ist, sich sicher zu fühlen und einen offenen Ort zum Lernen zu haben. Bitte stimmen Sie für Toleranz und Akzeptanz.

55. Be proud of who you are

Forderungen:

- Die Verankerung des Themas LGBTQIA+ im Unterricht, und was es bedeutet, MitgliederIn oder Person einer solchen Gruppe zu sein
- Regelmäßige Workshops zu diesem Thema
- Eine Anlaufstelle in der Schule, wo Personen und MitgliederInnen der Gruppe sich wenden können, wenn Fälle von Diskriminierung oder Mobbing auftauchen
- Die Einführung von GendersprecherInnen an allen Schulen
- Die Einführung von Pride Flags an allen Schulen, unter anderem auch die Flags der lesbischen Community, der trans Community, der bisexueller und pansexueller Community

56. Bye Bye Müll, Hello Klimawandel?!?!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Es gibt eine Pause und wir beschließen, in den Supermarkt zu gehen, um uns etwas zu trinken oder zu essen zu kaufen. Auf dem Rückweg zur Schule verbrauchen wir die Produkte, und als wir zurückkommen, sind sie leer. In der Schule haben wir nur einen normalen Mülleimer, obwohl unsere Flaschen aus Plastik sind. "Eine einzige Flasche nicht recyceln macht doch eh nichts, oder?" Das denkt man zumindest. Aber deine Flasche war nicht die einzige und wird auch nicht die einzige bleiben, und alle diese Flaschen machen einen SEHR GROSSEN Unterschied.

Klimafreundliche Schulen sind nicht nur die Art und Weise, wie Schulen sein sollten, sondern auch, wie sie sein müssen. Die Zukunft sieht sehr düster aus, und wir müssen alles tun, um gegen den Klimawandel zu kämpfen. Deshalb fordere ich, dass es in jeder unserer Schulen eine gute Mülltrennung gibt, und dass SchülerInnen und LehrerInnen darüber aufgeklärt werden, warum es so wichtig ist, zu recyceln und nachhaltig zu leben.

Bitte stimmen Sie positiv für diesen Antrag, denn er soll dazu beitragen, dass Schulen müllfrei, grüner, intelligenter und nachhaltiger werden.

Forderungen:

- Die Einführung einer Mülltrennung an allen Schulen mit Mülltonnen für Plastik, Metal und Altpapier
- Die Verankerung des Themas Mülltrennung im Fach Biologie, wo auch unterrichtet wird was in welcher Tonne gehört und die Bedeutung von Mülltrennung

57. Ich heiße Johanna und nicht Johannes!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse
isabel mackerle (brg boerhaavegasse)
hanna szendrői (brg wasagasse)
leo happel (camillo sitte bautechnikum)

Stell dir vor, du kommst in eine neue Schule und bist ein Transmädchen. Als der/die Lehrer:in die Anwesenheit kontrolliert, ruft er/sie einen Namen auf. „Johannes“. Keine Antwort. Du weißt, dass er/sie dich meint, aber du heißt nicht Johannes. Du bist Johanna und hast diese Art von Diskriminierung schon an deiner alten Schule erlebt. Deshalb hast du sie verlassen. „Johannes?“. Du hebst deine Hand und gibst nach. „Ich bin hier“, sagst du. „Aber ich heiße Johanna“. Die Lehrerin lacht daraufhin und nimmt dich nicht ernst. „Aber hier steht Johannes, nicht Johanna“, in diesem Moment weißt du, dass du wieder gemobbt werden wirst, weil du einfach du selbst bist. Das Schlimmste daran ist, dass es nicht nur Schüler:innen sein werden, die dich mobben, sondern auch Lehrer:innen.

Ein Mitglied der LGBTQIA+-Gemeinschaft zu sein, ist aufgrund des Hasses, der einem/einer entgegenschlägt, sehr schwierig. Manche Menschen können sich nicht von der Tatsache trennen, dass eine/r sich selbst ist und sein/ihr bestes Leben lebt. Es gibt Beweise dafür, dass wir Homophobie und Transphobie in den Schulen bekämpfen müssen. Im Vereinigten Königreich, einem Land, das beim Schutz von LGBTQIA+ einen hohen Stellenwert hat, wurde die junge Transfrau Brianna Ghey von ihren Mitschüler:innen ermordet. Sie versuchte Hilfe zu holen, aber niemand wollte sie ernst nehmen, bis es zu spät war. Ganz zu schweigen davon, dass sich jemand wegen all des Hasses und des Mobblings vielleicht einfach sich das Leben nehmen will. Wir müssen sicherstellen, dass Schulen in Österreich nicht denselben Fehler machen.

Ich fordere, dass Lehrer:innen und Schüler:innen für homophobe und transphobe Äußerungen härter bestraft werden, weil aufgrund ihrer Äußerungen, kann ein Leben in Gefahr sein. Du weißt nicht, was jemand durchgemacht hat im Leben, also akzeptiere dieser Person so, wie er/sie ist.

„Aber hier steht Johannes, nicht Johanna“, in diesem Moment weißt du, dass du wieder gemobbt werden wirst. „Aber wahrscheinlich haben sie nur einen Fehler gemacht. Hallo Johanna! Schön, dass du bei uns in der Schule bist!“

57. Ich heiße Johanna und nicht Johannes!

Forderungen:

- Härtere Strafen für Lehrer:innen und Schüler:innen, die homophobe und transphobe Aussagen machen
- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrer:innen zum Thema LGBTQIA+ und wie man deren Schüler:innen vor Diskriminierung schützen können
- Die Einführung einer Anlaufstelle für Schüler:innen die aufgrund von ihrer Orientierung und Gender diskriminiert werden an allen Schulen
- Mental Health Days als Entschuldigungsgrund einführen

58. „Aber aber der Linksextremismus ist auch urr schlimm, ohje ...“

Antrag von: Hussein Al-Hakeem, HTL Wien West

Oskar Breuss-Strasser, BRG 2 Lessinggasse

Im Schüler*innenparlament zeigt sich seit Jahren ein wiederkehrendes Muster: Sobald Maßnahmen gegen Rechtsextremismus diskutiert werden, versuchen manche Delegierte, das Thema durch den Hinweis auf „Linksextremismus“ zu relativieren. Diese Reaktion wirkt reflexhaft und führt dazu, dass notwendige Präventionsarbeit verwässert oder entpolitisiert wird.

Für eine sachliche politische Bildung ist es jedoch entscheidend, die Unterschiede zwischen verschiedenen Ideologien klar zu benennen. Rechtsextreme Ideologien basieren auf Ungleichheit, Ausgrenzung, autoritären Strukturen und dem Führerprinzip. Sie stellen eine direkte Gefahr für demokratische Grundwerte dar.

Linke radikale Strömungen hingegen beziehen sich auf Gleichheit, Teilhabe und demokratische Mitbestimmung. Die häufig zitierte Hufeisentheorie, die beide Seiten als gleichermaßen extrem und gefährlich darstellt, ist wissenschaftlich stark umstritten und wird von vielen Politikwissenschaftler*innen abgelehnt, weil sie diese grundlegenden Unterschiede ignoriert. „Linksextreme“ wollen ein gerechtes demokratisches System, rechte Faschos wollen einen Führer.

Um politische Bildung wirksam zu gestalten, braucht es eine klare Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien, ihren modernen Erscheinungsformen und ihren digitalen Verbreitungswegen. Ebenso wichtig ist eine solide Medienbildung, die Schüler*innen befähigt, rechtsextreme Inhalte, Desinformation und Propaganda zu erkennen und kritisch zu hinterfragen.

Forderungen:

- Erweiterte Lehrinhalte zu Rechtsextremismus: Vermittlung historischer, politischer und aktueller rechtsextremer Ideologien, Strategien und Codes.
- Ausbau der Medienbildung: Schüler*innen sollen lernen, rechtsextreme Inhalte, Desinformation und digitale Propaganda zu erkennen, einzuordnen und zu widerlegen.
- Wissenschaftlich fundierte politische Bildung: Kritische Auseinandersetzung mit vereinfachenden Modellen wie der Hufeisentheorie und klare Einordnung politischer Ideologien.
- Keine Relativierung von Rechtsextremismus: Diskussionen über rechtsextreme Gefahren sollen nicht durch irrelevante Verweise auf andere Ideologien abgeschwächt oder entpolitisiert werden. Solch eine gefährliche Entpolitisierung wird mit einem Ordnungsruf bestraft.

59.Fragt mal die alten LSV-Funkis!

Antrag von: Hussein Al-Hakeem, HTL Wien West

Über die Jahre entsteht ein Muster, das man nicht mehr ignorieren kann: Viel Energie fließt in interne Konflikte, parteipolitische Loyalitäten und taktische Spielchen, aber kaum etwas in tatsächliche Verbesserungen für Schüler*innen. Die politische Realität der SV ist geprägt von symbolischen Gesten, nicht von struktureller Wirkung.

Statt echte Mitsprache zu erkämpfen, verlieren sich viele LSV-Teams in internen Debatten, Konkurrenzkämpfen und dem Versuch, sich innerhalb des Systems zu behaupten. Doch genau dieses System ist das Problem: Es gibt kaum verbindliche Rechte, kaum Einflussmöglichkeiten und kaum Wege, Entscheidungen tatsächlich zu verändern. Die meisten Schüler*innen merken von der Arbeit der LSV wenig, weil die LSV selbst kaum Handlungsspielraum hat.

Gleichzeitig bleiben die wirklich relevanten Themen Mitbestimmung, Diskriminierung, psychische Belastung, strukturelle Ungleichheiten, fehlende Ressourcen weitgehend unbearbeitet. Man produziert Anträge, die nie umgesetzt werden, führt Sitzungen, die mehr Routine als Fortschritt sind, und bewegt sich in Strukturen, die Veränderung eher verhindern als ermöglichen.

Diese Enttäuschung ist nicht individuell, sondern systemisch. Sie entsteht, weil die Schüler*innenvertretung in Österreich demokratische Beteiligung verspricht, aber kaum Instrumente besitzt, sie tatsächlich durchzusetzen. Solange die Gremien in diesem engen Rahmen gefangen bleiben, wird sich an der politischen Wirkung wenig ändern.

Im Rahmen dieses Antrags habe ich mich mit der Vergangenheit der SV-Politik in Österreich befasst und diese auch international verglichen. Dänemark zeigt seit Jahren, wie echte Jugendbeteiligung funktionieren kann: verbindliche Mitspracherechte, klare gesetzliche Verankerung und Strukturen, die junge Menschen nicht nur anhören, sondern tatsächlich einbeziehen. Dieses Modell stellt sicher, dass Jugendliche nicht als symbolische Akteurinnen auftreten, sondern als reale politische Stakeholder. Die österreichische SV-Politik hingegen erzeugt psychischen Druck auf ihre Funktionärinnen, fördert Streitereien und dient letztlich häufig nur als Sprungbrett in die parlamentarische Politik.

59. Fragt mal die alten LSV-Funkis!

Forderungen:

- Ein Jugendbeteiligungsmodell mit klaren, verbindlichen Mitspracherechten: Wir fordern eine gesetzlich abgesicherte Struktur, die jungen Menschen nicht nur ein Anhörungsrecht, sondern echte Beteiligung an bildungspolitischen Entscheidungen garantiert. Jugendvertretungen müssen verbindliche Kompetenzen erhalten, die über symbolische Beratung hinausgehen.
- Transparente und verpflichtende Einbindung der Schüler*innenvertretungen in Entscheidungsprozesse: Entscheidungen, die Schüler*innen betreffen, dürfen nicht ohne ihre aktive Beteiligung getroffen werden. Die LSV Wien muss frühzeitig, systematisch und mit klar definierten Rechten in die Prozesse der Bildungsdirektion eingebunden werden.
- Demokratische und nachvollziehbare Vertretungsstrukturen: Die Schülerinnenvertretung braucht ein Modell, das breite Beteiligung ermöglicht, Machtkonzentration verhindert und sicherstellt, dass Vertreterinnen tatsächlich im Interesse der gesamten Schülerschaft handeln. Dazu gehören transparente Wahlmechanismen, klare Verantwortlichkeiten und Strukturen, die Rechenschaftspflicht gewährleisten.
- Stärkung der politischen Handlungsmacht von Jugendlichen: Jugendvertretungen sollen nicht als symbolische Gremien fungieren, sondern als ernstzunehmende politische Akteur*innen. Dafür braucht es gesetzliche Grundlagen, die ihre Rolle definieren, ihre Rechte absichern und ihre Beteiligung verbindlich machen.

60. Antifaschismus ist Demokratie!

Demokratie soll ein eigenes Schulfach werden!

Antrag von: Hussein Al-Hakeem - HTL Wien West

Iris Holczik - Lessinggasse BRG 2

Christian Klement - Bertha-von-Suttner-Gymnasium Grg 21

Oskar Breuß-Strasser - Lessinggasse BRG 2

Der neoliberale Bildungsminister Wiederkehr fordert ein Schulfach Demokratie, eine selten gut durchdachte Initiative. Doch eines muss eindeutig sein: Ein solches Fach bleibt wirkungslos, wenn es nicht auf antifaschistischen Grundwerten basiert.

Antifaschismus ist eine breite politische Bewegung und Haltung, die sich gegen Faschismus, Nationalsozialismus, Rassismus und Rechtsextremismus richtet. Nach dem Ende dieser Diktaturen kämpft sie bis heute gegen jede Form ihrer Wiederkehr. Auch wenn sich rechte Politiker und Hetzer (nicht ohne Grund) vor diesem Begriff fürchten, bleibt unbestreitbar: Ohne antifaschistische Prinzipien würde unsere Demokratie erodieren. Ein Schulfach Demokratie kann nur dann glaubwürdig sein, wenn es jungen Menschen vermittelt, wie demokratische Strukturen entstehen, wie sie verteidigt werden und welche historischen Erfahrungen zeigen, wie schnell sie zerstört werden können. Ohne eine klare Auseinandersetzung mit faschistischen Ideologien bleibt Demokratiebildung abstrakt und unvollständig.

Antifaschismus ist dabei kein parteipolitisches Schlagwort, sondern ein grundlegendes demokratisches Prinzip: die aktive Verteidigung von Menschenrechten, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Jede stabile Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die autoritäre Tendenzen erkennen, benennen und ihnen widersprechen können. Genau diese Fähigkeit entsteht nicht zufällig, sondern durch Bildung, historische Aufklärung und politische

Mündigkeit. Ein Schulfach "Demokratie" muss daher vermitteln, wie gefährlich Gleichgültigkeit gegenüber rassistischen, antisemitischen oder autoritären Positionen ist. Es muss zeigen, dass Demokratie nicht nur aus Institutionen besteht, sondern aus einer Kultur der Verantwortung. Und diese Kultur ist ohne antifaschistische Grundhaltung nicht denkbar. Wenn also ein neues Fach eingeführt wird, darf es nicht bei neutralen Floskeln über „politische Teilhabe“ stehen bleiben. Es braucht eine klare Orientierung: Demokratie ist kein

Selbstläufer, sondern ein Projekt, das nur bestehen kann, wenn wir seine Feinde erkennen und seine Werte aktiv verteidigen. Genau das leistet Antifaschismus.

60. Antifaschismus ist Demokratie! **Demokratie soll ein eigenes Schulfach werden!**

Forderungen:

- Antifaschismus in den Lehrplan aller Schulen
- Aufklärung über rechte Mediennetzwerke und Organisationsstrukturen
- Klare strafrechtliche Verfolgung von rechtsextremen Aussagen im Schulwesen

61. Das Märchen der Demokratie in der österreichischen Schüler*innenvertretung

Antrag von: Hussein Al-Hakeem - HTL Wien West

In Österreich wird gern behauptet, die Schüler*innenvertretung sei ein demokratisches Erfolgsmodell. LSV und BSV sprechen von Mitbestimmung, Beteiligung und „der Stimme der Jugend“. Doch wer das System von innen kennt, erkennt schnell: Vieles davon ist Inszenierung, wenig davon ist echte Demokratie. Ich war mittlerweile auf zwölf SIPs. Zwölf Mal dieselben Versprechen, dieselben Präsentationen, dieselben „Wir hören euch“-Floskeln. Und zwölf Mal dasselbe Ergebnis: Es ändert sich nichts. Die Strukturen bleiben gleich, die Machtverhältnisse bleiben unberührt, und Entscheidungen werden weiterhin ohne uns getroffen. In Wahrheit werden rund 85 Prozent aller bildungspolitischen Entscheidungen nicht mit uns, sondern über uns gefällt. Das Kopftuchverbot ist eines der deutlichsten Beispiele: eine Entscheidung, die massiv in die Rechte junger Menschen eingreift, ohne dass Schüler*innenvertretungen auch nur ansatzweise ein Mitspracherecht hatten. Genau hier zeigt sich die Realität: Die SV darf kommentieren, aber nicht gestalten. Sie darf reagieren, aber nicht entscheiden. Demokratie wird simuliert, nicht praktiziert. Gleichzeitig präsentiert sich die LSV nach außen modern, professionell und politisch relevant. Auf Social Media glänzt sie mit ästhetischen Grafiken, „Fancy“-Posts und perfekt inszenierten Teamfotos. Doch hinter dieser Oberfläche bleibt die politische Wirkung minimal. Die Inszenierung ersetzt die Einflussnahme. Besonders absurd wird es bei der Wahl der BSV: Wahlberechtigt sind ausschließlich LSV-Mitglieder. Das bedeutet: Die angeblich „bundesweite Vertretung aller Schülerinnen“ wird nicht von Schülerinnen gewählt, sondern von einer kleinen, abgeschotteten Funktionärsgruppe. Das ist kein demokratisches Mandat, sondern ein internes Delegiertensystem, das sich selbst reproduziert. Eine Struktur, die vorgibt, die Interessen von Hunderttausenden zu vertreten, aber nur von wenigen Dutzend legitimiert wird, kann nicht glaubwürdig demokratisch sein. Wenn Demokratie in der Schule ernst gemeint wäre, bräuchte es echte Beteiligungsrechte, verbindliche Mitbestimmung und transparente Entscheidungswege. Solange Schüler*innenvertretung in Österreich jedoch auf symbolische Rollen reduziert bleibt, bleibt sie ein Märchen hübsch erzählt, gut verpackt, aber politisch wirkungslos.

61. Das Märchen der Demokratie in der österreichischen Schüler*innenvertretung

Forderungen:

- Direktwahl der BSV

Die Bundes-Schülerinnenvertretung muss von allen Schülerinnen gewählt werden, nicht von einer kleinen Gruppe an LSV-Funktionär*innen. Eine Vertretung, die für Hunderttausende spricht, braucht ein direktes demokratisches Mandat.

- Keine Entscheidung über uns ohne uns

Die LSV Wien muss verbindlich und frühzeitig in alle Entscheidungsprozesse der Bildungsdirektion eingebunden werden. Rund 85 Prozent der bildungspolitischen Maßnahmen werden derzeit ohne Mitsprache der Schüler*innen getroffen. Das ist nicht demokratisch. Entscheidungen wie das Kopftuchverbot zeigen, wie weit die Realität von echter Beteiligung entfernt ist.

- Errichtung von Schülerbeiräten an allen Schulen

An jeder Schule soll ein Schülerbeirat eingerichtet werden, der breit aufgestellt ist und die Arbeit der SV überprüft.